

Eibia-Gruppe kritisiert Gutachten

Zwanzig Fragen zum Gefährdungspotential von Rüstungsaltsen in Barne

Dörverden-Barne (eb). Zwanzig Fragen zur „Bestandsaufnahme und Ersbewertung des Gefährdungspotentials die ebenfalls bundesweitige Grundstückeigentümerin Indu- von eventuellen Rückständen aus der Rüstungsproduktion strieverwaltungsgesellschaft (IVG) herausgegeben wurde, des Werkes Dörverden“ hat Joachim Woock von der Eibia- waren ihm beispielsweise Ungereimtheiten bei Fundstellen Arbeitsgruppe an die Kreisverwaltung in Verden gerichtet. für gefährliche Stoffe aufgefunden. Außerdem kritisiert er die Beim Studium der Bestandsaufnahme, die von der bundes- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR).

Die BGR habe, als Gutachterin von der IABG eingeschaltet, mit einer „Hydridmethode“ Grundwasserproben analysiert und die gefundenen Mengen von Arsen mit Werten der Trinkwasserverordnung verglichen. Kampfstoffe aber, so Joachim Woock in seiner Gutachterkritik, seien in der Trinkwasser- ordnung doch gar nicht aufgeführt, und deswegen könne deren Gefährdungspotential mit solch einer Methode wohl kaum bewertet werden.

Die Eibia-AG bezweifelt, daß organisches Arsen überhaupt mit der „Hydridmethode“ gemessen werden kann. Im Schreiben an den Kreis heißt es dazu: „Es ist schon peinlich, aber zu diesen Fragen haben wir schon seit geraumer Zeit detaillierte Informationen gegeben.“ Nach dem, was er selbst als Laie dem Gutachten der BGR entnehmen könne, stelle sich ihm die Frage, ob die Bundesanstalt überhaupt den gestellten Aufgaben gewachsen sei.

Die Bundesanstalt habe, so ein anderer Punkt im Fragenkatalog, 66 Bodenproben auf einem „vermuteten“ Brandplatz gezogen. Die gefundenen Werte hätten dabei weit unter der bodenüblichen Grundbelastung für Arsen gelegen. Das sei aus seiner Sicht aber kein

Wunder, schreibt Woock, denn der „richtige“ Verbrennungsplatz sei von Experten der Universität Marburg, die bereits früher einmal in die Untersuchungen des Geländes eingeschaltet waren, schon vor geraumer Zeit gefunden worden. Dazu zwei Fragen an die Kreisverwaltung: „In welchem Umfang soll jetzt der richtig lokalisierte Brandplatz untersucht werden? Wird dieser Platz ausreichend gesichert?“

Die mangelnde Sicherung von Kampfstoff- Fundstellen sowie gefährliche Bodenöffnungen über unterirdischen Gebäuden und Anlagen hatte Woock erst kürzlich bei einem Gang über das Eibia-Gelände feststellen müssen. Er schlägt vor, daß wegen der spielenden Kinder aus Barne, die das Gelände der früheren Pulverfabrik als „Abenteuerspielplatz“ gern annehmen, besondere Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden sollten.

Immerhin hatte der Eibia-Experte Woock noch Mitte des vergangenen Monats eine Handvoll Kampfstoffplättchen auf dem Gelände gefunden. An derselben Stelle wurden bereits im März rund 20 Kilogramm dieser sogenannten A-Pulver-Plättchen beseitigt und das Erdreich auf eine Tiefe von zwei Metern abgetragen.

In dem Brief an den Landkreis ist des weiteren vom nicht oder nicht ausreichend untersuchten Abbauverhalten bestimmter Kampfstoffe die Rede. Insbesondere Überreste des Kampfstoffes „Clark I“ müßten in ihrer Gefährlichkeit weit höher klassifiziert werden, meint der Briefschreiber. Er und seine Mitarbeiter von der Eibia-Gruppe seien auf jeden Fall an einem angekündigten „Herbstgutachten“ des Umweltministeriums in Hannover zur Eibia-Problematik interessiert.

Das jetzt kritisierte Gutachten der IABG wurde der Arbeitsgruppe vom Landkreis nach langem Zögern überlassen. Erst der Druck von Grünen und SPD im Kreistag und das persönliche Auftreten eines Eibia-Gruppenmitgliedes bei der Aktionärsversammlung der Eigentümerin IVG hatten dazu beigetragen, daß der Landkreis die dicke Akte überhaupt herausgegeben hätte.

Im Landkreis Verden wird, laut Schreiben von Joachim Woock, ein weiterer Standort untersucht, der im Verdacht steht, Rüstungsaltsen zu beherbergen. Dabei handelt es sich um das sogenannte „Ollager Baden“ in Achim-Baden. Der Briefschreiber will nun wissen, ob der Landkreis im Besitz einer „Erstuntersuchung“ für das ehemalige Ollager ist. Die Eibia-AG, die dem Kreisverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) angeschlossen ist, möchte solch ein Gutachten, falls vorhanden, ebenfalls einsehen.

Auf 180 Hektar eine riesige Bunkerlandschaft

EIBIA – politischer Ausflug in die Bomlitzer Vergangenheit

In der Kampfstoffproduktion arbeiteten einmal 8000 Menschen

Bomlitz. Einen „politischen Spaziergang“ durch die EIBIA, die ehemalige Bomlitzer Kampfstofffabrik, hatten DGB-Kulturarbeitskreis und Antifaschistische Initiative organisiert. Für die Führung hatte sich Bürgermeister Werner Heinzel bereit erklärt. Eigentlich sollte es nur ein Erkundungsgang im kleinen Kreis mit dem zur Zeit im Raum Rotenburg-Soltau-Fallingbostal gastierenden ehemaligen „Edelweißpiraten“ und schreibenden Bauarbeiter Kurt Piehl sein. Um so erfreuter zeigte sich der Gewerkschaftsfunktionär H.D. Charly Braun bei der Begrüßung über die große Beteiligung. Unter den Teilnehmern waren auch der ehemalige Schwarmstedter Lehrer und Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, Julius Krizsan, ein ehemaliger EIBIA-Demontagearbeiter, die Walsro-

der Umweltbeauftragte und mehrere kommunalpolitisch tätige Menschen aus Visselhövede und Bomlitz.

Werner Heinzels Führung durch das 180 Hektar große Gelände begann am ehemaligen Verwaltungsgebäude der EIBIA, der jetzigen Waldorfschule. Das Bomlitzer Gemeindeoberhaupt erklärte wie es zur Kampfstoffproduktion durch die Interessenübereinkunft von das Reichswehrministerin und der Firma Wolff & Co. kam. Für die EIBIA, die ein Tochterunternehmen von Wolff war, arbeiteten 8000 Menschen; neben deutschen Arbeitern, Technikern und Ingenieuren auch viele Zwangsarbeiter, die verharmlosend Fremdarbeiter genannt wurden, sowie KZ-Häftlinge. Reste von Bunkern, Hohlwegen und überirdische

Bunker sind die stillen Zeugen der gefährlichen Nitrocellulose-Produktion. Wenn es zu einer Explosion kam, war durch die Anlage der materielle Schaden begrenzt. Wieviele Menschen bei dieser Kriegsproduktion ihr Leben ließen, ist bisher unbekannt.

Die EIBIA hatte eigene Kraftwerke, eigene Wasserver- und Entsorgung. Für die Kriegsproduktion, hier wurde auch für die „Wunderwaffe“ V 1 gearbeitet, waren keine Forschungsmittel zu teuer. So waren aus Gründen der Tarnung, so gute Filter vorhanden, daß es keinerlei Rauchentwicklung gab. Die Tarnung durch den natürlichen Bewuchs ist noch heute an den Bäumen auf den überirdischen Bunkern zu erkennen.

Wie gefährlich schon damals die Kampfstoffe waren, beweisen die Unfalltoten, bei der Demon-

tage nach dem 2. Weltkrieg. Und selbst bei den Abbauarbeiten 1978 ist es zu einem schweren Unfall mit Todesfolge gekommen. Werner Heinzel erklärte, daß die EIBIA wegen der Gefährlichkeit noch 40 Jahre umzäunt war. Aus Neugierde und Abenteuerlust hätten immer wieder Kinder und Jugendliche, darunter auch damals er selbst die zerfallenen Bunker der EIBIA erkundet.

Der Bürgermeister berichtete stolz, daß die Gemeinde Bomlitz das EIBIA-Gelände vor einer erneuten militärischen Verwendung bewahren konnte. Auf einem Teil befinden sich inzwischen Schulzentrum und Waldbad. Der große Rest ist zum Erholungsgebiet geworden und soll mit erklärenden Hinweistafeln versehen werden. hst

Verdener Aller-Zeitung, 11.02.91

„Zeitbombe der Vergangenheit“

Erklärungen der Fraktionen auf Ratssitzung

ub Dörverden. Vor ungewohnt vielen Gästen trafen sich gestern die Ratsmitglieder des Dörverdener Gemeinderats zu ihrer Sitzung. Nicht wie gewohnt im Rathaus sondern in der Schule wurde beraten, denn die Schüler einer Projektgruppe und der Klasse zehn des Dörverdener Schulzentrums hatten ihr Interesse bekundet, einmal den Gemeindepolitikern über die Schulter schauen zu dürfen.

Aus diesem Anlaß hatte Bürgermeister Heiner Falldorf zwei Punkte auf die Tagesordnung gesetzt, die schon zu den Dauerbrennern auf den Sitzungen gehören und den Schülern sicherlich geläufig seien: Zum einen die vorhandenen Rüstungsalasten auf dem ehemaligen EIBIA-Gelände und zum anderen der Rüstungs- und Arbeitsplatzabbau im Bundeswehrbereich. Nach der Begrüßung rollte Falldorf noch einmal auf, welche Aktivitäten und Recherchen dazu geführt haben das Problem der Rüstungsalasten in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu locken.

Das sei der Verdienst einer Schülergruppe gewesen, die im Rahmen eines Wettbewerbs des Bundespräsidenten „Umwelt und Geschichte“ dieses Thema aufgedeckt habe. In einer Broschüre über ihre Arbeit hätten die Schüler verdeutlicht, daß sie bei den zuständigen Behörden stets auf eine Wand von Schweigen gestoßen seien. „Nur keine schlafenden Hunde wecken“, habe ihre Einschätzung zum Verhalten der Behörden gelautet. Trotzdem hätten die Schüler nicht lockergelassen und letztendlich bewirkt, daß die Behörden einen Handlungsbedarf für das ehemalige EIBIA-Gelände zugegeben hätten. Daraus habe sich ganz klar die Erkenntnis ergeben, daß der jetzigen Umwelt und der Umweltprobleme eine Kette von Ereignissen vorausgegangen sei. „Umwelt hat Geschichte“.

Das zeigt sich für den zweiten Weltkrieg zum Beispiel in den Rüstungsalasten in Dörverden und für den Golfkrieg in der Zukunft durch noch nicht konkret bestimmbare Umweltbelastungen. Falldorf will das Bewußtsein

schärfen und das brisante Thema jeden Monat auf die Tagesordnung der VA-Sitzungen setzen. Beide Fraktionen gaben eine Erklärung zu diesem Punkt ab. SPD-Fraktionvorsitzender Wolfgang Henze sprach bei den Rüstungsalasten auf dem EIBIA-Gelände von einer „Zeitbombe der Vergangenheit“. Deshalb wolle die SPD-Fraktion ständig darauf drängen, daß es einen Handlungsbedarf gebe – und den nicht nur von der Gemeinde und dem Landkreis. Rainer Herbst, Chef der CDU-Fraktion bezeichnete das Thema als ungelöst. Keiner wage sich da so recht heran, denn darin kämen die Probleme Beseitigung und Kostenübernahme. Auf alle Fälle müßten aber alle zuständigen Behörden bemüht werden, im Sinne einer Gefahrenabwehr zu handeln.

Ein weiterer Punkt, der seine Aktualität aus dem Zeitgeschehen bezieht, ist der durch den Truppenabbau bedingte zivile Arbeitsplatzabbau. In Dörverden seien im Falle einer Truppenreduzierung 2 500 Soldaten und rund 270 zivile Arbeitsplätze betroffen. Die SPD machte deutlich, daß sie auf alle Fälle die Abrüstung als Folge des Abbaus der Ost-West Konfrontationen begrüße. Mit dem Standort Barne verbinde sie keine Probleme und fordere daher nicht zwangsläufig dessen Auflösung. Doch im Falle eines Truppenabbaus müßten flankierende Maßnahmen für die betroffenen zivilen Arbeitnehmer einhergehen. Das forderte auch die CDU-Fraktion, die sich ihrerseits jedoch eindeutig zur Bundeswehr bekannte und einen Erhalt des Standortes forderte.

Einig waren sich die Fraktionen, daß im strukturschwachen Dörverdener Raum kaum Möglichkeiten für die Unterbringung der zivilen Arbeitnehmer bestehen. In einer einstimmigen Resolution wurde die soziale Absicherung des betroffenen Personenkreises gefordert. Die SPD fordert in einem Antrag Ausgleichsmaßnahmen vom Bund und vom Land. Abgewartet werden soll jetzt die Entscheidung des Bundesverteidigungsministeriums, die Klarheit über das Schicksal des Standortes Barne gibt.

Altlasten: Über 100 Standorte untersucht

Erste Ergebnisse jetzt im Fachausschuß mitgeteilt

Verden (olk). Für das Altlastenprogramm des Landkreises Verden liegen die Ergebnisse der in den vergangenen Monaten durchgeführten Ermittlungen an 105 Altablagungsstandorten jetzt vor. Einige Orte sind dem mit den Untersuchungen beauftragten Ingenieurbüro dabei durch höhere Belastung aufgefallen. Die Kreisverwaltung teilte den Mitgliedern des Ausschusses für Energie- und Abfallwirtschaft jetzt mit, um welche Standorte es sich dabei handelt.

Nach den Ermittlungen des Ingenieurbüros bestehe zum Beispiel in Uphusen/Keulmeier der Verdacht, daß dort Altöl und Fässer mit unbekanntem Inhalt aus dem ehemaligen Borgward-Werk abgelagert wurden. In Theedinghausen, Sägehorn, Posthausen, Werder, Amedorf, Oiste und Dibbersen stießen die Ingenieure häufig auf Ölschlieren, Bitumenreste oder teerische Fasern im Boden.

An keinem anderen Standort aber sei der Konflikt zwischen Altlastengefahr und Nutzung des Geländes so deutlich wie am Sportplatz in Uphusen. An mehreren Stellen quille dort Teerbrei an die Erdoberfläche. Bei Grabungen sei ein intensiver Teergeruch mit der Nase wahrzunehmen. Vorsorglich veranlaßte Bodenluftmessungen unmittelbar auf der Grasnarbe hätten jedoch ergeben, daß schädliche Stoffe sich dort sofort verflüchtigen und somit nicht mehr nachweisbar seien. Deshalb sei praktisch auch keine Gefahr des Einatmens erkennbar. heißt es in der Mitteilungsvorlage der Verwaltung. Die Ermittlung eventueller Gesundheitsgefahren für Sporttreibende, spielende Kinder und Zuschauer sei aber sehr dringlich und müsse Priorität genießen.

Für die Aufstellung einer Prioritätenliste ist die sogenannte Regionale Bewertungskommission (RBK) zuständig. Sie setzt sich aus Vertretern des staatlichen Amtes für Wasser und Abfall Verden, gegebenenfalls der Bezirksregierung und des niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung sowie des

Landkreises zusammen. Die Aufgabe der RBK ist es, die vorliegenden Daten in Anlehnung an das landeseinheitliche Bewertungsverfahren zu prüfen.

Die Sichtung, Diskussion und Bewertung der Daten aller 105 Altlastenstandorte wird mindestens zehn Monate in Anspruch nehmen, kündigte der zuständige Dozentent Claus Schimmelpenning an.

In einer dem Altlastenprogramm des Landes vorweggenommenen groben Bewertung kam das Amt für Wasser und Abfall Verden jetzt zu dem Ergebnis, daß die Altdeponie in Achim-Bierden einer Orientierungs- beziehungsweise Gefährdungsabschätzung bedürfte. Darüber wurden die Mitglieder des Ausschusses für Energie- und Abfallwirtschaft bei ihrer Sitzung am Donnerstag von der Kreisverwaltung informiert. Bei der Gefährdungsabschätzung könnte herauskommen, daß die Deponie abzudichten, zu entwässern und zu entgasen sei. Die Durchführung solcher Maßnahmen sei eng mit der Rekultivierungsplanung verbunden und würde zu einer totalen Überarbeitung der bisherigen Planung führen. Deshalb wurde die Vorbereitung für einen Begrünungsplan des Deponiehügels jetzt erst einmal gestoppt.

Mit der Gefährdungsabschätzung wurde inzwischen ein Ingenieurbüro beauftragt. An den entstehenden Kosten von rund 60 000 Mark beteiligt sich das Land Niedersachsen mit einem Zuschuß von 50 Prozent, heißt es in der Mitteilung der Verwaltung.